

Diakonie RWL fordert Ausbau der Schuldnerberatung

Schuldnerberatung der Diakonie in Wuppertal
epd-bild/Werner Krüper

Das Diakonische Werk Rheinland-Westfalen-Lippe (Diakonie RWL) hat sich für den Ausbau der sozialen Schuldnerberatung ausgesprochen. Am Montag beginnt eine bundesweite Aktionswoche zu dem Thema.

Düsseldorf (epd). Menschen in der Schuldenfalle müssen nach Ansicht des Diakonievorstands Christian Heine-Göttelmann schnell freien Zugang zu einer qualifizierten Beratung bekommen, wie er am Freitag in Düsseldorf forderte. Die am Montag beginnende bundesweite Aktionswoche zu dem Thema wird von der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände veranstaltet und steht unter dem Motto: "Überschuldete brauchen starke Beratung!"

Laut der Diakonie RWL gibt es bundesweit rund sieben Millionen überschuldete Menschen. Kostenfreie Beratungsangebote existierten bislang aber nur für etwa 15 Prozent der Betroffenen. Für den notwendigen Ausbau der kostenfreien Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen sieht die Diakonie RWL besonders die Bundesländer in der Pflicht. In NRW etwa seien die Fördermittel von derzeit 5,5 Millionen Euro seit dem Jahr 1999 kaum erhöht worden. "Von der neuen Landesregierung erwarten wir eine Erhöhung der Mittel auf mindestens 8,25 Millionen Euro pro Jahr", betonte die für die Schuldnerberatung zuständige Diakonie-Expertin Petra Köpping.

Unter dem Dach der Diakonie RWL arbeiten zwischen Bielefeld und Saarbrücken rund 80 Schuldnerberatungsstellen, die im vergangenen Jahr über 53.000 Menschen beraten haben. "Der Bedarf ist viel höher, doch unsere Stellen sind teilweise zu bevorzugter Beratung einzelner Klienten verpflichtet", erklärte Heine-Göttelmann. Das betreffe Arbeitslose, Hartz-IV-Bezieher oder Menschen mit besonderer Hilfsbedürftigkeit, etwa durch eine Behinderung.

Alle anderen, die zwar Arbeit haben, aber so wenig verdienen, dass sie immer mehr Schulden anhäufen, könnten dann unter Umständen nicht beraten werden. "Dabei nimmt die Zahl der prekär Beschäftigten, die von ihrem Lohn kaum leben können und deshalb Schulden anhäufen, rasant zu", sagte der Diakonie-Vorstand.

Die Diakonie RWL appellierte deshalb an die Politik, einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Schuldnerberatung einzuführen. "Ein geordnetes Verfahren zur Schuldenregulierung begrenzt den Schaden für Schuldner und Gläubiger", betonte Expertin Köpping.

Bundesweit gibt es nach Diakonie-Angaben rund 1.400 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie berieten im Jahr 2015 knapp 650.000 Menschen, die im Durchschnitt 34.400 Euro Schulden hatten. Hauptursachen dafür waren Arbeitslosigkeit, längerfristiges Niedrigeinkommen, gesundheitliche Probleme, Trennung oder Tod des Partners.